

Statement Gemeinderatssitzung vom 26.09.2024

**TOP 4:** Integrationsmanagement ab dem 01.01.2025

Deutschland ist ein Land mit einer großen Willkommenskultur. Jährlich kommt eine beachtliche Anzahl an Menschen in das Land, das wir alle unsere „Heimat“ nennen weil sie beispielsweise in ihrem Herkunftsland nicht mehr sicher sind. Die Geflüchteten beantragen in Deutschland Asyl und müssen einen großen bürokratischen Prozess durchlaufen, um einen Aufenthaltstitel zu erhalten. Nachdem dies geschehen ist, werden sie in die jeweilige Anschlussunterbringung zugewiesen. Von da an muss eine erhöhte integrative Arbeit geleistet werden, denn der bürokratische Verlauf und die Eingliederung in unsere Gemeinschaft hört an dieser Stelle nicht auf.

In der Anschlussunterbringung sind die Geflüchteten, meistens auf unterstützende Leistungen angewiesen, die alle beantragt werden müssen. Ebenso ist es wichtig auch die Sprache zu erlernen, für das Land, in dem sie von nun an leben. Diese Beantragungen mit allen Vorgaben und Formalia müssen begleitet werden, wie der Tätigkeitsbericht aus der Vorlage, der uns seit der Einführung der Stelle nun erstmals zugegangen ist, ausführlich darlegt. Hier greift das sogenannte Integrationsmanagement, das rechtlich betrachtet bei der jeweiligen Kreisverwaltung angesiedelt ist.

2017 haben sich die HoRAN Gemeinden dazu entschlossen jemanden vor Ort zu haben, der diese wichtige Aufgabe der Begleitung erfüllt.

Dieses Integrationsmanagement wird von einer Sozialarbeiterin geleistet, die mit einer vollen Stelle in den vier Gemeinden wirkt. Dabei ist es aus unserer Sicht von Nöten, dass diese Person vor Ort ist. Der Weg nach Heidelberg ins Landratsamt kostet z. B. als Tagedicket 17,80€, dies ist selbst für Berufstätige nicht wenig Geld, auch wenn diese sich wahrscheinlich das 49€-Ticket leisten könnten.

Unsere Gemeindeverwaltung möchte die Stellenanteile um 10 % erhöhen. Generell sehen wir die angesetzten als ein Mindestmaß. Für Neulußheim soll von dieser Stelle ein 0,4er Stellenäquivalent vorgesehen werden. Diesem möchten wir zustimmen und wären gleichsam nicht überrascht, wenn sich dieses in mittelfristiger Zukunft angesichts der steigenden Zuweisungszahlen nicht erhöht werden muss.